

Leserbrief zur 1:12 Abstimmung vom 24. November 2013

1 : 12 – die Wirtschaft ist aus den Fugen geraten

Zwei Zahlen - und schon wissen alle was gemeint ist! Eine Initiative, die uns Menschen so direkt erreicht, muss ein wichtiges Anliegen sein. Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung wünschen eine Lohnobergrenze gegen Lohnexzesse. Die Finanzkrise hat entlarvend gewirkt. Einige Banken überlebten nur mit Staatshilfe. Die Manager, die Milliarden vernichtet haben, forderten gar noch Millionen-Entschädigungen - und haben sie erhalten!

Das macht das arbeitende Volk wütend - muss es wütend machen! Vom Arbeitsplatzverlust und von Firmenschliessungen sind nicht jene betroffen, die mit einem goldenen Fallschirm davon segeln. Grössere Entlassungen in Unternehmen lassen die Aktienkurse ansteigen - die CEOs erhalten ihre Boni! Die Gewinne werden privatisiert, die Kosten dem Staat auferlegt. Dieses Wirtschaftssystem ist aus den Fugen geraten. Es ruft nach Regulatoren. Das Volk muss entsprechende Zeichen setzen!

Noch vor 30 Jahren verdienten die Chefs der grössten Schweizer Unternehmen rund sechs Mal mehr als die Normalverdiener. 15 Jahre später war das Verhältnis schon 1:13 und ein weiteres Jahrzehnt später 1:43. Die Schere öffnet sich immer weiter. Diese Mentalität geht auf die anglophile Börsen-Shareholder-Kultur zurück. Untersuchungen zeigen, dass sich in Grossbritannien und in den USA diese Schere noch schneller und noch weiter öffnet als bei uns.

Die 1:12 Initiative ist eine taugliche Antwort an die vielen Manager mit ihren überbordenden Lohnansprüchen, die in krassem Verhältnis stehen zu einem messbaren Leistungslohn. Es kommt ja nicht von Ungefähr, dass junge Leute diese Initiative lanciert haben und sich jetzt mit grossem Einsatz im Abstimmungskampf engagieren. Die heutigen Entwicklungen machen den Jugendlichen sorgen. Nehmen wir diese ernst. Unterstützen wir ihr Engagement für mehr Lohngerechtigkeit. Helfen wir der Jugend ihre Zukunft zu bauen und legen wir am 24. November 2013 ein JA zur 1:12-Initiative in die Urne.

20.10.2013, Martina Munz, Nationalrätin